

Die neue Unwirtlichkeit der Städte

BOMBAY, 4. November. Der Wildwuchs der Städte rund um die Erde birgt enorme Risiken. „In den vergangenen 50 Jahren sind etwa 2 Milliarden Menschen in die Städte gezogen. Bis 2020 könnte dieselbe Menge folgen“, warnte Rakesh Mohan, der stellvertretende Gouverneur der indischen Zentralbank, während der Konferenz „Urban Age“. Abgehalten wird sie von der Alfred Herrhausen Gesellschaft und der London School of Economics (LSE) in Bombay (Mumbai). „Es droht ein Planet der Slums“, warnte auch Josef Ackermann, der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank. „Ein Versagen der Metropolen kann zu einem Zusammenbrechen ganzer Staaten führen.“

Lebten um 1900 nur 10 Prozent der Weltbevölkerung in Städten, ist es in diesem Jahr erstmals die Hälfte der Menschen. 2030 dürften es schon 60 Prozent sein, 2075 könnte die Zahl der Städte auf 75 Prozent der dann gewachsenen Weltbevölkerung anschwellen. Da die Städte nicht in der Lage sind, den Neuanrücklingen angemessene Lebensverhältnisse zu bieten, wächst die Kluft zwischen Arm und Reich dramatisch. Mit ihr steigen die Risiken für die Stabilität. Die Grenzen sind scharf gezogen: Auf der einen Seite wuchern Slums mit ihrer eigenen Identität, aber ohne fließendes Wasser. Auf der anderen wachsen Apartmentblocks in den Himmel, deren Bewohner sich sogar Wasser für ihre eigenen Swimmingpools leisten. „Die globale Metropole ist ein Ort des ungleichen Wachstums“, sagte Saskia Sassen, Soziologieprofessorin an der Columbia-Universität. Zahlreiche Wissenschaftler sehen die Wurzel des Problems allerdings genau in der Wirtschaftsordnung, für die Ackermann wie kaum ein anderer steht. „Der Wandel des weltweiten Kapitalismus führt zu wachsender Ungleichheit“, kritisiert Richard Sennett, Soziologe an der LSE und dem Massachusetts Institute of Technology.

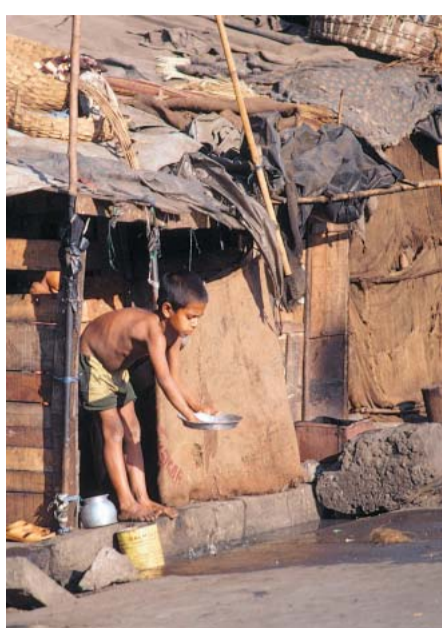
Beispiel New York: Verdienten dort 1980 die oberen 20 Prozent der Gesellschaft einundzwanzigmal so viel Geld wie das untere Fünftel, so wuchs die Spanne in nur einer Dekade auf das Zweifunddreißigfache. 2007 machten die oberen 20 Prozent schon 52 Mal so viel Geld wie die 20 Prozent am unteren Ende. „Die Globalisierung birgt Chancen, aber sie fordert ihren Preis. In der Regel wachsen die Oberschicht und die Unterschicht rasch. Die Mittelklasse aber nimmt ab“, sagte Sassen. Dies ist nicht nur ein morali-

Slumbildung und Ressourcenverschwendung vernichten die Chancen der Metropolen. Sie berauben sich ihrer eigenen Lebensgrundlagen.

Von Christoph Hein

sches Problem: „Die reiche Oberschicht trägt ihr Geld um den Globus und investiert nicht nur in ihrer Heimatstadt. Genau das aber macht die Mittelschicht. Deshalb ist ihr Bestand so wichtig für die Entwicklung von Großstädten“, sagt die Soziologin. Die Unterschicht verfügt zwar über Formen eines nicht institutionalisierten Einkommens, etwa als Tagelöhner, Transportarbeiter, Müllsammler oder Prostituierte. Doch ist sie längst nicht mehr Teilhaber des Sozialgefüges der Stadt, sondern bleibt in ihren eigenen Lebensbereichen – etwa dem Slum.

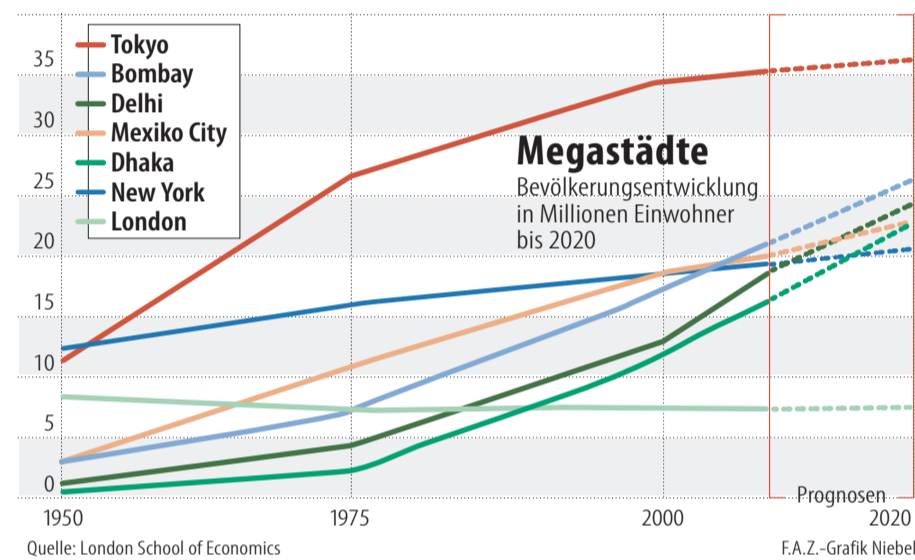
Die unregelte Verstärkung birgt auch drastische Folgen für die Umwelt: 75 Prozent der Treibhausgase entstehen in den Städten. „Brauchen die Städte ihre Ressourcen auf, berauben sie sich letztlich ihrer eigenen Lebensgrundlagen“, sagt Ricky Burdett, Direktor des Städteforschungsprogramms der LSE. „Wer Energie sparen will, der muss in den Städten anfangen“, sagt Nicholas Stern von der LSE, der einen viel diskutierten Umweltbericht vorgelegt hat. Die Metropolen handeln im ureigenen Interesse: „Sie liegen oft entlang der Küsten. Damit wird ein steigender Wasserpegel durch die Erderwärmung



Die Schattenseite Bomboys.

Foto Mark Edwards/Still Pictures

dramatische Folgen für sie haben.“ Wie durch ein Brennglas zeigen sich die Herausforderungen in Indien. „Millionen ziehen vom Land in die Städte. Dort ist die Rate der Armen inzwischen höher als unter den Kleinbauern“, sagt J. Phatak, der die Stadtverwaltung von Bombay führt. Zentralbankgouverneur Mohan bringt es auf eine einfache Formel: „Bombay ist nicht menschenfreundlich.“ Auf nur 2 Prozent der Fläche des Bundeslandes Maharashtra ballt sich ein Fünftel seiner Bevöl-



Bankenkrise alarmiert New York

Finanzmetropole bangt um ihre Steuereinnahmen

lid. NEW YORK, 4. November. Die Turbulenzen der amerikanischen Banken versetzen auch die Verwaltung der Finanzmetropole New York in Alarmstimmung. Die Banken und ihre Mitarbeiter sind die wichtigsten Steuerzahler für die Stadt New York und den gleichnamigen umgebenden Bundesstaat; die meisten großen Adressen der amerikanischen Finanzindustrie von der Citigroup über Goldman Sachs bis zu Merrill Lynch haben hier ihren Sitz. Ein Großteil von ihnen hat im Zuge der Verwerfungen auf den Hypotheken- und Kreditmärkten im dritten Quartal schwache Ergebnisse vorgelegt. Für den Tiefpunkt sorgte jetzt die Investmentbank Merrill Lynch mit dem höchsten Quartalsverlust ihrer Geschichte, der zur Entlassung des Vorstandsvorsitzenden Stan O'Neal geführt hat. Vor diesem Hintergrund fürchtet New York um seine Steuereinnahmen.

Bürgermeister Michael Bloomberg hat nun prompt reagiert und einen Einstellungsstopp für alle städtischen Be-



Wachsende Häuser, sinkende Steuern.

Foto Reinhard Görner/Artur

hörden und Einrichtungen verhängt, von der Polizei über Bibliotheken bis zur Müllabfuhr. Die Führungen aller dieser Einrichtungen müssen in den nächsten Wochen Pläne vorlegen, wie sie ihre Budgets im laufenden Fiskaljahr 2007/2008 (30. Juni) um 2,5 Prozent und im nächsten um 5 Prozent kürzen. Die Stadt will drohende künftige Haushaltslücken in Milliarden-Dollar-Höhe schließen, nachdem New York zuletzt noch Überschüsse erwirtschaftet hatte.

Gleichzeitig warnte auch Thomas DiNapoli, der Vorsitzende des Rechnungshofes des Bundesstaates New York, vor Einnahmefällen. Nach einer Studie des Rechnungshofes stehen die Banken für 9 Prozent aller Steuereinnahmen der

Stadt, beim Bundesstaat New York sind es fast 20 Prozent. Daneben ist aber auch die ganze lokale Wirtschaft auf die Mitarbeiter der Banken angewiesen, die weit überdurchschnittliche Gehälter haben und viel Geld ausgeben: in Restaurants, Geschäften und für Immobilien. Die wohlhabenden Banker sind maßgeblich für das hohe Preisniveau in der Stadt verantwortlich. Gerade die üblicherweise zu Jahresanfang ausbezahlten Boni lösen eine wahre Spendierwut aus. Das war noch in diesem Jahr so, denn 2006 brachte vielen Banken Rekordgewinne ein. Die Boni der Mitarbeiter erreichten der Studie zufolge einen Rekordwert von 23,8 Milliarden Dollar, fast 20 Prozent mehr als im Vorjahr. Damit standen die Boni für knapp 40 Prozent der gesamten Wall-Street-Gehälter von 59,8 Milliarden Dollar. Vor allem Anbieter von Luxusgütern wie teuren Autos erlebten einen Ansturm von Bankern, und auch Immobilienmakler berichteten über glänzende Geschäfte. Der New Yorker Rechnungshof beziffert das durchschnittliche Wall-Street-Gehalt im Jahr 2006 auf fast 340 000 Dollar – ein Vielfaches des Durchschnittsverdienstes in ganz New York von weniger als 60 000 Dollar.

Nicht zuletzt weil die Wall Street eine sprudelnde Geldquelle war, ging es der Stadt New York bis vor kurzem blendend. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wies die Stadt einen Überschuss von 4,4 Milliarden Dollar aus. Das war noch ganz anders, als Bloomberg im Jahr 2002 ins Amt kam. New York machte damals die schwerste Finanzkrise seit den siebziger Jahren durch. Die Stadt hatte gerade die Terroranschläge hinter sich. Touristen mieden New York, Unternehmen dachten über einen Wegzug nach, und die schon vor den Anschlägen schwächelnde Konjunktur wurde weiter abgebrems. Steuereinnahmen brachen weg, und die Stadt wies Defizite in Milliarden-Dollar-Höhe aus. Bloomberg sah sich zu Steuererhöhungen und Kostenkürzungen gezwungen. Er schaffte es, das Haushaltsloch zu verkleinern. In den folgenden Jahren kam ihm eine Konjunkturerholung zu Hilfe, und New York erwirtschaftete wieder Überschüsse.

Trotz der zuletzt glänzenden Zahlen mahnte Bloomberg aber schon früh zur Vorsicht. Im April sagte er, New York müsse diszipliniert bei seinen Ausgaben bleiben. Der Überschuss sei kein Anlass, jetzt alles für „Wein, Weib und Gesang“ zu verpassen. Die prächtige Haushaltslage habe viel mit Sonderfaktoren zu tun, die sich womöglich nicht wiederholen werden. Der Rechnungshof New Yorks rechnet schon in naher Zukunft wieder mit Haushaltslöchern und macht sich entsprechend Sorgen um Stellenstreichungen bei den Banken vor dem Hintergrund der jüngsten Turbulenzen. Die Citigroup hat schon angekündigt, 17 000 Stellen oder 5 Prozent der Belegschaft abzubauen.

Außenminister setzt sich für Lufthansa Cargo ein

hap. FRANKFURT, 4. November. Der Konflikt um Überflugrechte über Russland für die Fluggesellschaft Lufthansa Cargo wird jetzt auf höchster Ebene behandelt. „Wir begrüßen es, dass sich Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier der übergeordneten Bedeutung angemessen der Angelegenheit angenommen hat“, sagte Lufthansa-Sprecher Klaus Walther. In Berlin hieß es, es müsse nun geklärt werden, wie die russische Seite „gesichtswahrend aus der Situation herauskommt und ob die Lufthansa unter bestimmten Bedingungen bereit ist, einen politischen Preis zu zahlen“. Steinmeier hat keine einfache Mission, denn eine Lösung, nach der die Lufthansa einen Teil ihres Verkehrs aus Kasachstan nach Russland verlegt, wird ausgeschlossen. „Es gibt nur entweder Astana oder Krasnojarsk. Eine Aufteilung ist betriebswirtschaftlich Unsinn“, heißt es aus Unternehmenskreisen. Anders als bisweilen dargestellt ließe sich zudem die von Russland verlangte Verlagerung des Verkehrs von Astana in Kasachstan nach Krasnojarsk kurzfristig nicht bewerkstelligen, selbst

„Selbst wenn wir wollten: Eine Verlagerung dauert zwei Jahre.“

Lufthansa-Sprecher Klaus Walther

wenn Lufthansa wollte – sie will bekanntlich nicht (F.A.Z. vom 3. November). „Eine Verlagerung dauert zwei Jahre“, sagt Walther. Allein die für Landungen bei schlechtem Wetter erforderliche technische Aufrüstung des Flughafens dauere sechs Monate, Probeanflüge weitere sechs Monate. Zudem habe Lufthansa gerade den Vertrag mit Astana auf unbestimmte Zeit verlängert und halte sich an Verträge; hier bestehe eine Kündigungsfrist von drei Monaten zum Halbjahr.

Argumente für einen Wegzug aus Astana gibt es für die Lufthansa objektiv nicht: Der Flughafen hat investiert und stellt als zweitgrößtes Frachtdrehkreuz nach Frankfurt für Lufthansa Cargo gute Bedingungen zur Verfügung. Die Fluggesellschaft ist dort keinem Monopolisten ausgeliefert. Zudem macht die Lufthansa immer wieder zweifelhaft Erfahrungen mit russischen Behörden. Wie es heißt, werde deren Tochtergesellschaft Germanwings bei ihren Anflügen auf den Moskauer Flughafen Wnukowo regelmäßig von Sicherheitsbehörden drangsaliiert. Hintergrund ist offenbar der russische Wunsch, Germanwings zum Umzug auf den staatlichen Flughafen Scheremetjewo zu „animieren“ – und zudem mit dem Argument „ein Markt, ein Preis“ zu einer Anhebung ihrer Preise auf das Niveau der russischen Fluggesellschaft Aeroflot.

„Ein Funke genügt zur Explosion“

Indiens Wirtschaftszentrum Bombay gilt als unbewohnbar

BOMBAY, 4. November. Cyrus Guzder ist kein Aufwiegler oder Rebell, sondern ein hochangesehener Geschäftsmann in Bombay. Und doch übt der Vorsitzende des Verwaltungsrats und Geschäftsführer des indischen Logistikkonzerns AFLpte. Ltd. harsche Kritik an seiner Stadt und den Politikern. Der 62-Jährige, der in Bombay zur Schule ging, hat in Cambridge Volkswirtschaft und Orientalistik studiert. Er sitzt unter anderem im Verwaltungsrat von BP in Indien und Great Eastern Shipping Co. Guzder aber engagiert sich auch in einer Vielzahl sozialer, umweltpolitischer und kultureller Initiativen.

Bombay gilt als katastrophale Metropole, die kaum noch bewohnbar ist. Ist die Lage wirklich so schlimm?

Zunächst einmal ist Bombay eine lebendige, kreative Stadt. Aber versuchen Sie mal, von einem Punkt zum anderen zu fahren, eine Schule zu finden, nur Ihr Büro zu erreichen. Das Geschäftsleben hier wird immer schwieriger und damit auch immer teurer. Wir machen unser Geschäft in Bombay allenfalls noch trotz der Infrastruktur, nicht dank ihr. Bomboys einziges Glück ist, dass auch in anderen indischen Städten die Preise rasant steigen. Vor fünf Jahren war Delhi noch 30 bis 40 Prozent preiswerter, heute hat es aufgeholt. Sonst würden viel mehr Unternehmen abwandern.

Jeder hier kennt die Probleme – die Regierung, die Slumbewohner, die Mittelklasse. Warum ändert sich nichts?

Den Politikern der Landesregierung fehlt eine strategische Vision. Die Geschäftsleute zeigen sich so lange an der Entwicklung desinteressiert, wie sie noch irgendwo den Flugplatz erreichen und in ihren teuren Häusern leben können. Der Normalbürger, der wirklich leidet, hat keinen Kontakt zur Landesregierung, und seine gewählten Vertreter in der Stadt sind machtlos. Die Reichen haben keinen Anreiz, aus dem System auszubrechen, die Armen können es nicht.

Die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer tiefer. Wie lange geht das noch gut?

Die Superreichen sind nicht das Problem. Sie leben in Südbombay unter sich oder fliegen im Hubschrauber zu ihrem Büro. Interessanter ist die schnell wachsende Mittelklasse. Sie lebt in direkter Nachbarschaft zu den Slums. Sie steckt

im Verkehr fest, sie akzeptiert die Überschwemmungen während des Monsuns nicht mehr. Bombay, eigentlich eine friedliebende Stadt, treibt seine eigene Bevölkerung in eine Lage, in der ein Funke genügt, eine Explosion auszulösen. Das kann etwa eine Naturkatastrophe sein, der Ausbruch einer Seuche, Wasserknappheit.

Jetzt werden die Slumbewohner um ihren Wohnraum gebracht. Ein windiges Entwicklungsprogramm steht zur Debatte...



Cyrus Guzder

Das unglückliche Programm, in dem Privatinvestoren den Slumbewohnern kostenlose Wohntürme errichten, dafür aber einen enormen Bonus an kostenlosem Bauland erhalten, hat die Investoren so mächtig gemacht,

dass die Regierung wohl kaum noch von ihrem Kurs herunterkommen wird. Das Entwicklungsprogramm gibt es eigentlich seit zehn Jahren. Es sah den Bau von einer Million Wohnungen vor. Es wurden vielleicht 50 000 gebaut. Dafür müssen sich alle schämen.

Halten Sie den jetzt geplanten Bau von Wohntürmen für einen Ausweg?

Nein. Die Slumbewohner können keine Fahrstühle bezahlen, keine Hausmeister, keine elektrischen Pumpen, um Wasser in die oberen Geschosse zu leiten. Damit werden die gerade eingezogenen Slumbewohner wieder zum Auszug gezwungen, und die etwas besser Verdienenden ziehen ihnen nach. Die ganz Armen stehen dann wieder auf der Straße, haben aber sogar ihre Hütte verloren.

Ist das aus Ihrer Sicht ein ethisches Problem oder schlicht Betrug?

Das ethische Problem liegt weniger darin, dass die Investoren mit Hilfe der Regierung enorme Profite einfahren. Es liegt vor allem darin, dass die Slumbewohner erneut verdrängt werden und dann gar nichts mehr haben. Wir haben zugelassen, dass das Entwicklungsprogramm der Slums zu einem Hilfsprogramm für die Immobilienkonzerne verkommt. Das ist tragisch.

Die Fragen stellte Christoph Hein.



Niemand holt in Deutschland mehr Strom aus dem Wasser als wir.

Erneuerbare Energien werden bei der Stromerzeugung immer wichtiger. Wir bei E.ON setzen deshalb auf Wasserkraft. Und das schon seit vielen Jahren. Bereits 1918 begann Oskar von Miller mit dem Bau von Wasserkraftwerken, die wir immer noch betreiben. Heute ist E.ON in Deutschland der größte Wasserkraft-Erzeuger. In 133 von E.ON geführten Anlagen wandeln wir die Kraft des Wassers in Strom um. Und produzieren damit Energie für drei Millionen Haushalte – und das CO₂-frei.

Mehr zum Thema Wasserkraft erfahren Sie unter www.eon.com

e-on
Neue Energie